

Handlungsempfehlungen
der operativen Arbeitsgruppe des Netzwerkes Integration Baden-Württemberg
zum Thema
„Demokratiebildung und politische Partizipation“

Hinweis:

Bei den vorliegenden Handlungsempfehlungen handelt es sich um Vorschläge einer von der Strategiegruppe des „Netzwerkes Integration Baden-Württemberg“ eingesetzten operativen Arbeitsgruppe. Die Autorenschaft liegt damit in der alleinigen Verantwortung der Arbeitsgruppe. Weder die Strategiegruppe als Ganzes noch deren einzelne Mitglieder machen sich die Handlungsempfehlungen der eingesetzten Arbeitsgruppe im Gesamten automatisch zu eigen, auch wenn viele oder ggf. alle Vorschläge als sinnvoll erachtet werden. Die Strategiegruppe sichert jedoch der eingesetzten Arbeitsgruppe grundsätzlich zu, sich mit den Empfehlungen konstruktiv auseinanderzusetzen und wo möglich und als sinnvoll erachtet, Umsetzungsschritte einzuleiten bzw. anzuregen.

Netzwerk Integration Baden-Württemberg

Handlungsempfehlungen der *AG Demokratiebildung und politische Partizipation*

vom 31.03.2024

AG-TN: Christoph Heimel (Stadt Offenburg und Leitung), Ada Bialecki (Stadt Ehingen), Argyri Paraschaki-Schauer (LAKA BW, Stuttgart), Charlotte Morton (Stadt Lahr), Herr Ansgar Lottermann (SM BW), Rafael Jancen (Landkreis Esslingen), Sandra Corveleyn (Stadt Göppingen), Tanja Hierner (Stadt Villingen-Schwenningen)

AG-Dauer: 13.09.2023 – 31.03.2024 (13. September 2023; 14. November 2023; 01. Februar 2024; 13. März 2024)

1. Einführung

Integration findet ganz wesentlich vor Ort in den Stadt- und Landkreisen, Städten und Gemeinden statt. Um die fachliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen zu stärken, haben das Sozialministerium und die Kommunalen Landesverbände das Netzwerk Integration Baden-Württemberg gegründet. Das Netzwerk setzt zu speziellen Themen im Integrationsbereich operative Arbeitsgruppen ein, die sich mit dem von ihr vorgegebenen Thema eingehend befassen und dazu lösungsorientierte konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Ziel der AG "Demokratiebildung und politische Partizipation" ist es, Handlungsbedarfe zu identifizieren, Lösungsansätze im Hinblick auf mehr politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte aufzuzeigen und Maßnahmen zu entwickeln, welche die politische Partizipation und das Demokratieverständnis von Menschen mit Migrationsgeschichte fördern und stärken.

2. Handlungsempfehlungen

Hinweis: Handlungsempfehlungen, die in der Tabelle fett markiert sind, werden von den AG-TN als Priorität angesehen.

HE-Nr.	Ausgangslage	Ziele	Konkrete Handlungsempfehlung zur Zielerreichung	Adressat/en für die konkrete/n Handlungsempfehlung/en
1	Nur rund 50 von 1.101 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg – weniger als fünf Prozent – haben eine kommunale Migrantenvertretung wie Integrationsbeiräte etabliert. Trotz zunehmender Diversität der Bevölkerung bleibt die institutionalisierte Beteiligung marginalisiert. ¹	Etablierung von kommunalen Migrantenvertretungen (Integrationsbeiräte etc.) in den Kommunen	<ol style="list-style-type: none"> Ausweitung von Empowerment Schulungen für Kommunen durch z. B. die LAKA u. anderen Akteuren im Themenfeld Prüfung Aufnahme von kommunalen Migrantenvertretungen (KMV) in Gemeindeordnung (vom <i>kann</i> zu <i>muss</i>) analog Jugendgemeinderat / analog Gemeindeordnung Hessen (siehe HGO § 84 & § 89 Integrations-Kommission) (siehe auch: aktueller Diskurs im SL, NRW, RP) → Hinweis: ggf. Schärfung bzgl. Repräsentation der Zielgruppe (z. B. Gremium muss mindestens zur Hälfte aus Personen mit Migrationshintergrund bestehen) Würdigung des Ehrenamtes durch Erhöhung der Sitzungsgelder (bzw. überhaupt Entschädigung) Diversity Audits für Kommunen (siehe HF 4 AG Hürdenabbau) 	<ol style="list-style-type: none"> Sozialministerium / KLV Innenministerium Anregung für Kommunen KLV / Kommunen
2	Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte sind in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert. Dadurch fehlen bei politischen Entscheidungen wichtige Perspektiven und es kann passieren, dass migrantische Communities benachteiligt oder schlicht vergessen werden. ² Dementgegen wirken beispielhaft Projekte wie die Politikakademien in Heidelberg (2023, 2024) und Pforzheim (2025). ³	Stärkung der (bestehenden) kommunalen Migrantenvertretungen und Gewinnung neuer Mitglieder durch Stärkung des Engagements von Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte in der Politik	<ol style="list-style-type: none"> Planung eines vom Ministerium u. KLV gesteuerten partizipativen Prozesses zur Erarbeitung von Infomaterialien (orientiert an einfacher Sprache) zu KMV und kommunaler Ratsarbeit Ausweitung der Empowerment-Schulungen für Kommunen mit KMV (siehe auch 1.1) Einrichtung von KMV-Geschäftsstellen (u. a. Einladung, Protokollierung etc.) in den Kommunen Überprüfung von Verwaltungsprozessen auf ihre Beteiligungsförderlichkeit i. S. v. Komplexitätsreduzierung (Übersichtlichkeit, schlanke Strukturen, einfache Sprache u./o. Mehrsprachigkeit, digitale Terminierung, App-Funktionen, Online- 	<ol style="list-style-type: none"> Sozialministerium / KLV → Verteilung an Mitglieder Sozialministerium / KLV Kommunen KLV / Kommunen Sozialministerium

HE-Nr.	Ausgangslage	Ziele	Konkrete Handlungsempfehlung zur Zielerreichung	Adressat/en für die konkrete/n Handlungsempfehlung/en
			Antragsmanagement etc.) (siehe auch Ergebnisse AG Hürdenabbau u. HF 1.4) 5. Bereitstellung von Mitteln zum Ausbau von bestehenden Angeboten im Themenfeld (auch Mikroprojektförderung für MSO) (s. a. 5.4. & 6.2.)	
3	Die Evaluation des FGZ-Projekts „Fortbildungsprogramm für Integrationsbeauftragte“ sowie Rückmeldungen aus der Arbeitsgruppe Demokratiebildung und politische Partizipation zeigen, dass das Verständnis und die Weiterentwicklung der Rolle von Integrationsbeauftragten gestärkt werden sollte. ⁴	Stärkung des Rollenverständnisses der Integrationsbeauftragten im Hinblick auf Demokratiebildung u. politische Partizipation	1. Aufnahme von Fortbildungsverpflichtung (Professionalisierung Hauptamt) in VwV IB 2. Stärkung des Austausches durch regelmäßige Austauschtreffen für IB 3. Weiterentwicklung und Fortführung des FGZ Projektes „Fortbildungsprogramm für Integrationsbeauftragte“ in BW	1. Sozialministerium / KLV 2. Sozialministerium 3. BMBF
4	Hatespeech trifft Politikerinnen und insbesondere Politikerinnen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich stark: 69 % dieser Gruppe berichten über Attacken in sozialen Netzwerken. ⁵ Dabei sind neben einer hohen Angriffsrate auch das zunehmende Risiko digitaler Desinformationsformen wie Deepfakes gefährlich. ⁶	Empowerment von Personen mit Migrationshintergrund (v. a. Frauen) für politische Teilhabe	1. Systematische Verfolgung von Anfeindungen und Angriffen im Internet und Social-Media-Räumen, v. a. Gewaltaufrufen oder Morddrohungen 2. Bekanntmachung und Vernetzung von Akteuren und Anlaufstellen im Themenfeld (u. a. Initiative Toleranz im Netz etc.) sowie Transparenz über Anlaufstellen und Hilfsangebote 3. Planung eines partizipativen Prozesses zur Erarbeitung von Empowerment-Formaten (Stärkung des Umgangs mit Einschüchterungen und Anfeindungen, sowohl rechtsmotiviert als auch aus der eigenen Community) 4. Entwicklung von Maßnahmen zur Eindämmung von Hass und Hetze im Netz (Stärkung der Social Media Kompetenz und KI Kompetenz)	1. Innenministerium 2. Landeskriminalamt BW 3. Innenministerium/LKA 4. MSO/KMV
5	Die Anpassung der VwV Deutsch sowie die Evaluation der Integrationskurse durch das BAMF legen die Notwendigkeit von vermehrt niedrigschwelligen und demokratiebildenden Formaten während der gesamten Deutschkurslaufzeit offen. Grund dafür sind eine oft-	Stärkung der politischen Bildung im Themenfeld sprachliche Bildung	1. Evaluierung Orientierungskurs-Curriculum (Bestandteil jedes Integrationskurses → Vorziehen im oder Verzahnen mit dem Integrationskurs) sowie Bewerbung von Angeboten des Lebenslangen Lernens (u. a. AA, VHS etc.) u. Angeboten vor Ort	1. BAMF, Sprachkursträger, Kommunen 2. Sprachkursträger 3. Sozialministerium 4. Sozialministerium

HE-Nr.	Ausgangslage	Ziele	Konkrete Handlungsempfehlung zur Zielerreichung	Adressat/en für die konkrete/n Handlungsempfehlung/en
	<p>mals geringe formale Schulbildung der Kursteilnehmenden, wenig soziale Kontakte, sowie eine geringe Kenntnis von sozialräumlichen und institutionellen Möglichkeiten.⁷</p>		<p>2. Stärkung von Exkursionen / Kursbesuchen innerhalb des Integrations-/Alphabetisierungskurses allgemein und/oder spezifisch innerhalb des Orientierungskurses (dabei Kooperation mit MSO, Ehrenamt etc.); auch in weiterführenden Sprachkursen bzw. anderen Formaten (B2, BSK, VwV)</p> <p>3. Ausbau der Förderlinie für niedragschwellige Formate und Modellprojekte in der Sprachbildung</p> <p>4. Stärkung und Gewinnung der MSO für Angebote (s. a. 2.5) durch Förderlinie „MSO und Demokratiebildung“ (auch Mikroprojektförderung für MSO) (=gesellschaftliches Engagement zur Stärkung der Demokratie jenseits von MSO Partikularinteressen)</p> <p>5. Erstellung Liste mit Exkursionszielen (u. Akteuren) vor Ort und Weiterreichung an Sprachkurs-träger (Kursleiter) vor Ort</p>	<p>5. Kommunen / Integrationsbüros</p>
6	<p>Während rund 35,6 % der Bevölkerung Baden-Württembergs eine Migrationsgeschichte hat, liegt der Anteil im Landtag bei nur 9,7 %. Auch Frauen sind weiterhin unterrepräsentiert mit 29,2 % auf Landes-, 22,6 % auf Kreis- und 26,8 % auf Gemeindeebene.⁸ Dieser Unverhältnismäßigkeit sollte entgegengewirkt werden.</p>	<p>Stärkung von Diversity in den politischen Parteien und Schließung der Repräsentationslücke</p>	<p>1. IKOE Workshops (u. a. Erarbeitung von Leitbildern) und Schulungen für Parteien, Gewerkschaften und Vereine (Professionalisierung des Haupt- und Ehrenamtes) durch einen gesteuerten Koordinierungsprozess</p> <p>2. Stärkung und Ausbau bestehender Formate im Themenfeld (s. a. 2. 5) (u. a. Politikakademie, Brückenbauen für Demokratie etc.)</p> <p>3. siehe HF 10 AG Empowerment von Frauen</p> <p>4. Gewinnung von Frauen als Vorbild (z. B. Politikerinnen) und Umsetzung von Empowerment Formaten</p> <p>5. Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt durch die Bereitstellung von ausreichend finanziellen Mitteln für Kinderbetreuungskosten während der Sitzungszeiten</p>	<p>1. Landeszentrale für politische Bildung / alle Ministerien</p> <p>2. Sozialministerium</p> <p>3. Parteien und Institutionen im Bereich bürgerschaftliches Engagement</p> <p>4. Parteien</p> <p>5. KLV</p>

HE-Nr.	Ausgangslage	Ziele	Konkrete Handlungsempfehlung zur Zielerreichung	Adressat/en für die konkrete/n Handlungsempfehlung/en
7	Demokratiebildung ist mit 2 Stunden in der Primärstufe und 4 Stunden in der Sekundarstufe fester Bestandteil der Vorbereitungsklassen (VKL) in Baden-Württemberg. ⁹ Da die VKL als Ausgangspunkt für den weiteren Integrationsprozess zu verstehen sind, sind weitere didaktische Entwicklungspotenziale, besonders im Hinblick auf Identitätsstärkung und Teilhabeorientierung, wünschenswert.	Stärkung der Bildungsbiografien von (neu-)zugewanderten Kindern und Jugendlichen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Weiterentwicklung der bestehenden Fördermaßnahmen an allgemeinbildenden Schulen im Hinblick auf Demokratiebildung (→ Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe) 2. Erhöhung der Pflichtstunden für Demokratiebildung in Sprachklassen 3. Aufnahme des Herkunftssprachenunterrichts in Landesverantwortung mit Fokus Demokratiebildung und Partizipation gemäß Koalitionsvertrag 4. Ausbau und Weiterentwicklung von bestehenden Angeboten im Themenfeld (s. a. Leitfaden Demokratiebildung an Schulen und Good – Practice u. a. Elternmentor*innen) 5. Vereinheitlichung der Regelungen bzgl. Budget an Schulen für Entschädigung von Dolmetscherdiensten Dritter 6. Entwicklung von landesweit verbindlichen Qualitätsstandards in der Ganztagsbetreuung 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Kultusministerium / Schulamt 2. Kultusministerium / Schulamt 3. Kultusministerium / Schulamt 4. Kultusministerium/Sozialministerium 5. Kultusministerium 6. Kultusministerium / KVJS
8	Drittstaatsangehörige sind trotz dauerhaftem Aufenthalt vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen, was wiederum gleichberechtigte politische Teilhabe als nachhaltigen Integrationsprozess verhindert. Initiativen wie „wir-wählen.org“ fordern die Einführung eines Kommunalwahlrechts für alle langfristig aufenthaltsberechtigten Menschen. ¹⁰	Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige. Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten sollen nach Maßgabe von Bundes- und Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sein sowie an Abstimmungen teilnehmen können.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gleichbehandlung dieser Zielgruppe durch Änderung des Grundgesetzes 2. Stärkung der Initiativen im Themenfeld 	<ol style="list-style-type: none"> 1. BMI 2. alle Parteien / KLV
9	Baden-Württemberg verfügt über 35 Partnerschaften für Demokratie (PfD) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. ¹¹ Diese Infrastruktur sollte noch besser vernetzt, bekannter gemacht und gezielt für MSO geöffnet werden.	Stärkung der landesweiten Vernetzung der PfD als Infrastruktur für lokale Demokratieförderung (in Ergänzung zu	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung einer interaktiven/digitalen Landkarte der Akteurinnen und Akteure in der Demokratieförderung für Baden-Württemberg (darunter der PfD sowie vom Bund geförderter Modellprojekt) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Sozialministerium / Landesdemokratiezentrum 2. Sozialministerium / Landesdemokratiezentrum

HE-Nr.	Ausgangslage	Ziele	Konkrete Handlungsempfehlung zur Zielerreichung	Adressat/en für die konkrete/n Handlungsempfehlung/en
		den Maßnahmen des BMFSFJ) Erhöhung der Anzahl von MSO in der Projektförderung u.a. der Pfd durch gezielte Ansprache sowie Abbau von Barrieren.	2. Landesweite öffentlichkeitswirksame Kampagne zur politischen Bedeutung von MSO und der Vereinsarbeit insgesamt 3. Einbeziehung der vorhandenen Infrastruktur und Erfahrungen im Bundesprogramm «Demokratie leben!» (erleichterter Zugang zu 35 Kommunen und Landkreisen)	3. Sozialministerium / BMFSFJ / BAFzA / Pfd aus B-W

¹ LAKA – Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (2020): Bestandserhebung Kommunale Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: <https://www.laka-bw.de/bestandserhebung/> [letzter Zugriff: 13.03.2024]

Landtag Baden-Württemberg (2024): Rede zum LAKA-Jubiläum am 16.07.2024. Online verfügbar unter: <https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/begegnungen/2024/juli/2024-07-16.html> [letzter Zugriff: 09.07.2025]

² Wüst, Andreas / Bergmann, Henning (2023): Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten. Mediendienst Integration Berlin, S.2ff

³ Stadt Pforzheim (2025): Anmeldung zur Politik-Werkstatt. Internationaler Beirat Pforzheim. Online verfügbar unter: <https://internationaler-beirat.pforzheim.de/anmeldung-zur-politik-werkstatt.html> [letzter Zugriff: 09.07.2025]

Stadt Heidelberg (2024): Politik braucht Vielfalt! Politik braucht dich! – Politikakademie in Heidelberg. Online verfügbar unter: https://www.heidelberg.de/hd.Lde/HD/service/06_03_2024+politik+braucht+vielfalt.html [letzter Zugriff: 09.07.2025]

⁴ FGZ – Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (2023): Fortbildungsprogramm für Integrationsbeauftragte. Online verfügbar unter: <https://fgz-risc.de> [letzter Zugriff: 13.03.2024]

⁵ Saleth, Stephanie / Bundel, Stephanie / Hanemann, Felizia (2023): Gesellschaftsreport BW Nr. 2: Hatespeech gegen Kommunalpolitikerinnen in Baden-Württemberg. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg Stuttgart

Lukoschat, Helga/ Lohaus, Stefanie/ Hempe, Lisa (2023): Frauen in die Politik: Umfrage zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Regionen Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen. EAF Berlin, S. 50

⁶ BKA – Bundeskriminalamt (2025): Hass, Desinformation und Bedrohung im digitalen Raum – neue Gefahrenlage für Kommunalpolitik. Online verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/250228_MOTRA_2025.html [letzter Zugriff: 09.07.2025]

⁷ Kay, Ramona / Saif, Salwan / Homrighausen, Pia / Eckhard, Jan / Rother, Nina / Von Gostomski, Christian Babka (2023): Zwischenbericht III zum Forschungsprojekt „Evaluation der Integrationskurse (Evlk)“. BaMF Nürnberg, S. 3ff.

Tissot, Anna / Croisier, Johannes / Pietrantuono, Giuseppe / Baier, Andreea / Ninke, Lars / Rother, Nina / Von Gostomski, Christian Babka (2020): Zwischenbericht I zum Forschungsprojekt „Evaluation der Integrationskurse (Evlk)“. BaMF, Nürnberg, S.6f.

⁸ Wüst, Andreas / Bergmann, Henning (2023): Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten. Mediendienst Integration Berlin, S.6

⁹ Feil, Robert / Frühbauer, Johannes / Papesch, Elvira / Pfeifle-Rauch, Christine / Rodi, Birgit (2019): Orientierungsrahmen für Vorbereitungsklassen in Baden-Württemberg: Demokratiebildung Curriculum. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg Stuttgart, S. 4f. Online verfügbar unter: https://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/migration-integration-bildung/vkl_vabo/vkl/demokratiebildung/curriculum [letzter Zugriff: 13.03.2024]

¹⁰ Initiative wir-wählen.org (2024): Informationsportal zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige. Online verfügbar unter: <https://www.wir-waehlen.org> [letzter Zugriff: 09.07.2025]

¹¹ BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Demokratie leben! – Partnerschaften für Demokratie. Online verfügbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie> [letzter Zugriff: 09.07.2025]